
OSZE-Vorsitz: Schweden**FSK-Vorsitz: Armenien****81. GEMEINSAME SITZUNG (SONDERSITZUNG)
DES STÄNDIGEN RATES UND DES
FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION**

1. Datum: Mittwoch, 14. April 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 9.00 Uhr
Schluss: 11.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin U. Funered (StR) (Schweden)
A. Hovhannisyanyan (FSK) (Armenien)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖFFNUNGSWORTE DER VORSITZENDEN DES
STÄNDIGEN RATES UND DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Vorsitz (StR), Vorsitz (FSK)

Punkt 2 der Tagesordnung: AKTIVIERUNG VON ABSATZ 16.3 DES WIENER
DOKUMENTS 2011 ÜBER VERTRAUENS- UND
SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN,
KAPITEL III „MECHANISMUS FÜR KONSULTA-
TIONEN UND ZUSAMMENARBEIT IN BEZUG
AUF UNGEWÖHNLICHE MILITÄRISCHE
AKTIVITÄTEN“, ABSATZ 16.3 „TREFFEN ALLER
TEILNEHMERSTAATEN IN BEZUG AUF
UNGEWÖHNLICHE MILITÄRISCHE
AKTIVITÄTEN“

Vorsitz (FSK), Ukraine (Anhang 1), Vereinigtes Königreich (Anhang 2),
Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Portugal –
Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und
Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und
EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien,

Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 5), Frankreich (auch im Namen von Deutschland) (Anhang 6), Schweiz (FSC-PC.DEL/31/21 OSCE+), Norwegen (FSC-PC.DEL/29/21/Rev.1), Estland (Anhang 7), Litauen (Anhang 8), Türkei (Anhang 9), Tschechische Republik (Anhang 10), Polen (FSC-PC.DEL/35/21 OSCE+), Italien (Anhang 11), Georgien (Anhang 12), Bulgarien (Anhang 13), Russische Föderation (Anhang 14), Lettland (Anhang 15), Vorsitz (StR)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Geschätzte Vorsitzende,

wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen, rasch und effizient auf unsere, von vielen Teilnehmerstaaten geteilten Besorgnisse betreffend die fortgesetzten ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation zu reagieren. Den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation möchte ich für die Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Ukraine danken.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch Armenien zur Übernahme der verantwortungsvollen Aufgabe, das Forum in der zweiten Sitzungsperiode dieses Jahres als Vorsitz zu leiten, gratulieren und ihm dabei jeden erdenklichen Erfolg wünschen.

Lassen Sie mich kurz die von der Ukraine unternommenen Schritte zur Anwendung der einschlägigen Maßnahmen, wie sie das Wiener Dokument 2011 vorsieht, skizzieren, um Besorgnisse über ungewöhnliche groß angelegte militärische Aktivitäten der Russischen Föderation zu beseitigen.

Am 7. April setzte die Ukraine durch die Übermittlung eines Notifikationsformats an die Russische Föderation den „Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ nach Kapitel III in Gang. Grund für unsere Besorgnis ist die groß angelegte militärische Aufrüstung Russlands in unmittelbarer Nähe unserer Grenzen und auf der vorübergehend besetzten Krim vor dem Hintergrund der von Russland angeführten Eskalation der Gewalt im Donbass.

Die Antwort der Russischen Föderation am 9. April war eindeutig unbefriedigend. Sie enthielt keine ausreichenden Informationen über die Parameter der Aktivitäten, um die Besorgnisse der Ukraine zu beseitigen, und war in der Sache sehr formal. Deshalb setzten wir den nächsten Schritt gemäß Kapitel III und ersuchten um ein Treffen mit der Russischen Föderation und anderen interessierten Teilnehmerstaaten.

Am 10. April fanden Konsultationen statt, an denen sich 39 Teilnehmerstaaten beteiligten. Die Russische Föderation entschied sich, nicht daran teilzunehmen. Das Ergebnis der Konsultationen zeigte ganz eindeutig, dass die Mehrheit der Teilnehmerstaaten die jüngsten militärische Aktivitäten Russlands entlang der Grenze zur Ukraine und auf der

vorübergehend besetzten Krim sehr ernst nimmt. Wir sind dankbar für den Bericht, der vom schwedischen OSZE-Vorsitz erstellt und kurz nach dem Treffen an alle Teilnehmerstaaten verteilt wurde.

Da Russland nicht willens war, in einen konstruktiven Dialog einzutreten und die Besorgnisse der Ukraine und vieler anderer Teilnehmerstaaten zu beseitigen, sind wir an den OSZE-Vorsitz herangetreten, um dieses gemeinsame Treffen zu veranlassen.

Die Entscheidung der Ukraine den Mechanismus nach Kapitel III zu aktivieren, fußte auf einer gründlichen Bewertung der Sicherheitslage in der Nähe unserer Grenze zur Russischen Föderation und in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Hoheitsgewässer der Ukraine.

Unseren Informationen zufolge verstärkt das Kommando der Streitkräfte der Russischen Föderation seine Präsenz in der Nähe der ukrainischen Staatsgrenze, indem es bestimmte militärische Stäbe und Verbände aus den Militärbezirken West, Süd und Mitte, der Luftlandkräfte sowie die Nordflotte verlegte. Diese Aktivität geht einher mit intensiven Militärübungen für offensive Operationen.

Zusätzlich zu 28 taktischen Gruppen in Bataillonsstärke, die ständig in der Nähe der Grenze zur Ukraine stationiert sind, plant die russische Führung noch mehr Kräfte aus ihren normalen Friedensstandorten in dieses Gebiet zu verlegen. Vorbereitungen für die Verlegung von 12 taktischen Gruppen in Bataillonsstärke, vier auftragsbezogenen Artillerieeinheiten, zwei Spezialeinsatzkommandos, einer Flugabwehrraketen-Einheit, einer taktischen Gruppe für elektronische Kampfführung, acht ballistischen „Iskander“-Raketensystemen kurzer Reichweite, bis zu 80 Kampfpanzern, über 500 gepanzerten Kampffahrzeugen und über 100 Artilleriesystemen, darunter 22 Mehrfachraketenwerfern, sind im Gange.

Russland überschwemmt die vorübergehend besetzte Krim weiter mit noch mehr Waffen, militärischer Ausrüstung und Truppen, die dort ohne Zustimmung des Gastlandes stationiert sind. Russland hat seinen militärischen Fußabdruck auf der Halbinsel vergrößert, indem es zusätzlich 13 taktische Gruppen in Bataillonsstärke, fünf auftragsbezogene Artillerieeinheiten, darunter sechs ballistische „Iskander“-Raketensysteme, ein Spezialeinsatzkommando, eine taktische Gruppe für elektronische Kampfführung sowie eine taktische Hubschraubereinheit in Brigadegröße stationiert hat.

Im Anschluss an diese Aktivitäten erhöhte Russland seine militärische Stärke auf der Krim auf 42 000 Mann, die zu einem gemeinsamen Angriffsverband zusammengefasst und fähig sind, die gesamte Bandbreite kinetischer Systeme für offensive Kampfoperationen einzusetzen. Es hat auch die Luftwaffenkomponente auf der Halbinsel mit zusätzlichen Bombern, sowie Unterstützung in der Kampfzone, Jagdflieger- und Luftnahunterstützung durch Fliegerkräfte verstärkt. Große Flugplätze auf der Halbinsel (Hvardiyske und Belbek) sind derzeit für den Einsatz strategischer Langstreckenbomber geeignet.

Außerdem können wir eine Intensivierung der Gefechtsausbildungsübungen auf der vorübergehend besetzten Krim und in den angrenzenden Hoheitsgewässern beobachten. Neue Formen und Methoden der Anwendung von Gewalt werden eingeführt. Insbesondere beinhalten sie die Übung massiver Luftschläge unter Beteiligung von über 100 Luftfahrzeugen und rund 60 Hubschraubern, die gleichzeitig in der Luft sind, wobei zur selben Zeit Raketen-träger zur See, in der Luft und an der Küste einbezogen und Luftschläge auf Überwasser-

Schiffe simuliert werden. Neue, modernisierte Typen von Flugkörper-, Torpedo- und elektronischen Waffen werden aktiv im Schwarzen Meer erprobt.

Die Ukraine betrachtet die erwähnten Aktivitäten, die Konzentration von Kräften und Mitteln durch Russland als militärisch bedeutsam. In Anbetracht dieser besorgniserregenden Entwicklungen können wir nicht ausschließen, dass die russischen Streitkräfte auf der Krim und/oder in der Nähe unserer Grenze im Laufe dieses Jahres zu erheblichen militärischen Provokationen greifen werden.

Die Ukraine hat 2014 eine bittere Erfahrung gemacht, als Russland die wahren Gründe für die Stationierung seiner Streitkräfte entlang der Grenze zur Ukraine nicht klarstellte oder sich weigerte, an diesbezüglichen Konsultationen und offiziellen Treffen in dieser Angelegenheit teilzunehmen. Der Grund für dieses Verhalten wurde im Laufe der darauffolgenden Ereignisse deutlich. Russland bereitete die Besetzung der ukrainischen Krim und von Teilen des Donbass vor, indem es eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine vom Zaun brach.

Wir stimmen mit vielen der von den Delegationen während den Konsultationen am 10. April geäußerten Ansichten und Einschätzungen überein. Aus unserem Dialog ergeben sich wichtige Fragen an die Russische Föderation, die im Falle ihrer vollständigen Beantwortung Spannungen verringern und einige unserer Besorgnisse in Bezug auf ihre militärischen Aktivitäten beseitigen könnten. Wir fordern die russische Seite nachdrücklich auf, den Bericht über die Ergebnisse der Konsultationen, der vom schwedischen Vorsitz sorgfältig ausgearbeitet wurde, gewissenhaft zu prüfen und kurzfristig klare und umfassende Antworten auf die darin enthaltenen Fragen vorzulegen.

Wir halten es für zweckmäßig, alle im Laufe dieses Treffens geäußerten Empfehlungen der Delegationen sowie die bei den Konsultationen am 10. April aufgeworfenen Fragen zu sammeln und an die Russische Föderation zu richten. Wir legen dem schwedischen Vorsitz nahe, diesen Vorschlag gebührend zu prüfen.

Wenn die Russische Föderation wirklich am Wiederaufbau von Transparenz, Berechenbarkeit und Vertrauen und der Gewährleistung von politisch-militärischer Stabilität im OSZE-Raum interessiert ist und keine Absichten hegt, ihre bewaffnete Aggression gegen die Ukraine auszuweiten, wird sie rasch antworten und die heute geäußerten Empfehlungen berücksichtigen.

Wir sind jedoch überzeugt, dass der wirksamste Weg zur Beseitigung unserer Besorgnisse nach wie vor im unverzüglichen Rückzug seiner Truppen durch Russland von der Grenze zur Ukraine und aus der vorübergehend besetzten Halbinsel Krim besteht, in der Abkehr von seiner Kriegsrhetorik, den Drohungen der Anwendung von Gewalt und der Desinformationskampagne gegen die Ukraine, der Erfüllung der Sicherheitsbestimmungen der Minsker Vereinbarungen und seiner Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument in gutem Glauben.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender, ich möchte zunächst Ihnen und Ihrem Team für Ihre Bemühungen zur Einberufung dieses wichtigen und dringenden Treffens heute danken.

Das Vereinigte Königreich teilt die große Besorgnis der Ukraine über die jüngsten verstärkten russischen militärischen Aktivitäten an der Grenze der Ukraine und auf der widerrechtlich annektierten Krim. Wir unterstützen voll und ganz, dass die Ukraine von diesem Mechanismus des Wiener Dokuments Gebrauch macht, um von Russland eine Erklärung für diese militärischen Aktivitäten zu verlangen und fordern größere Transparenz, um die Lage zu deeskalieren.

Herr Vorsitzender,

das Wiener Dokument ist eine wesentliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme, durch die wir Transparenz schaffen und Risiken verringern. Die Entscheidung Russlands, nicht am Treffen teilzunehmen, das am Samstag nach Absatz 16.2 des Wiener Dokuments einberufen wurde, und sehr wohl Russlands erklärte Absicht, überhaupt an keinerlei Treffen nach Kapitel III teilzunehmen, vergrößert nur unsere Besorgnis. Wir sehen, dass heute ein Mitglied der russischen Delegation hier anwesend ist, und hoffen, dass sie einen Sinneswandel vollzieht und sich nunmehr heute konstruktiv einbringt, nachdem sie die Beiträge der anderen Teilnehmerstaaten gehört hat.

Die F10-Nachricht vom 7. April war ein aner kennenswerter Versuch der Ukraine, größere Transparenz über den militärischen Aufwuchs Russlands zu schaffen und das Risiko einer weiteren Eskalation zu verringern. Es war ein legitimes Ersuchen, zu dessen Beantwortung in befriedigender Weise Russland nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments verpflichtet war. Leider hat sich Russland entschlossen, dies nicht zu tun.

Auf dem Treffen am Samstag, zu dem 39 Teilnehmerstaaten zusammenkamen, äußerten die Ukraine und eine Reihe anderer Staaten konkrete Besorgnisse und forderten Russland auf, konkrete Fragen zu beantworten. Diese sind im Bericht der Vorsitzes CBM/SE/21/0004/F14/O enthalten, und bleiben unbeantwortet. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, diese Fragen hier und jetzt zu beantworten und damit die OSZE-

Prinzipien und -Verpflichtungen einzuhalten, zu denen es sich freiwillig bekannt hat, und verantwortungsvoll zu handeln, um die Lage zu deeskalieren.

Wir möchten betonen, dass es das Recht der Ukraine als Teilnehmerstaat ist, um eine Erklärung nach Kapitel III bezüglich jeglicher ungewöhnlicher und unvorhergesehener militärischer Aktivitäten, die außerhalb der normalen Friedensstandorte stattfinden und militärisch bedeutsam sind, zu ersuchen. Die bisherige Weigerung Russlands, sich auf den Prozess einzulassen, da es „keinen Grund zur Durchführung von Verfahren sieht“, unterläuft vollständig den Zweck, zu dem die Maßnahme zur Verminderung der Risiken entwickelt wurde.

Herr Vorsitzender,

das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die von der Ukraine gezeigte politische Entschlossenheit, sich der fortgesetzten russischen Aggression entgegenzustellen, den Konflikt mit politischen Mitteln zu lösen und den Konflikt zu deeskalieren. Die Ukraine hat angesichts der erneuten Provokationen der von Russland unterstützten bewaffneten Formationen, die leider zu weiteren Opfern unter den ukrainischen Streitkräften geführt haben, verantwortungsvoll und mit großer Zurückhaltung gehandelt. Die verstärkte Rhetorik und Desinformation Russlands birgt ebenfalls die Gefahr einer weiteren Eskalation und ist völlig unverantwortlich. Wir fordern Russland auf, diese rücksichtslosen Aktionen zu einzustellen und sich stattdessen auf die Umsetzung seiner Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen und des Normandie-Gipfeltreffens in Paris im Dezember 2019 zu konzentrieren.

Die Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer, ist unerschütterlich. Wir erkennen die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden sie nicht anerkennen.

Es sind die Handlungen Russlands, die weiterhin die europäische Sicherheit untergraben, unter anderem durch seine Missachtung grundlegender OSZE-Prinzipien, einschließlich der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität anderer Staaten und die Drohung der Anwendung von Gewalt. Daher fordern wir Russland erneut auf, zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien zurückzukehren, seine Verpflichtungen zu erfüllen und dringend Maßnahmen zur Deeskalation zu ergreifen.

Abschließend möchte ich bekräftigen, dass die Tür für Russland offenbleibt, das Wiener Dokument zu nutzen, um hier und heute für Beruhigung in Bezug auf seine Absichten in der Nähe der Grenzen der Ukraine und auf der rechtswidrig annektierten Krim zu sorgen. Wir fordern Russland auf, den erwähnten Empfehlungen nachzukommen und sich unverzüglich an Maßnahmen zur Verminderung der Risiken zu beteiligen. Wenn Russland das weiterhin unterlässt, stellt das eine ernste Bedrohung für die Sicherheit des gesamten OSZE-Raums dar.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Wie auch andere Teilnehmerstaaten bringen die Vereinigten Staaten ihre fortgesetzte und erhebliche Besorgnis über die militärischen Aktivitäten Russlands in der Nähe der ukrainischen Grenze und auf der von Russland besetzten Krim zum Ausdruck. Diese Provokationen drohen eine ohnehin angespannte und fragile Sicherheitslage weiter zu destabilisieren. Wir bedauern, dass Russland sich geweigert hat, an dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates sowie an einem früheren Treffen mit der Ukraine teilzunehmen, und dass Moskau die Lage vor Ort betreffend Ort, Datum und Zweck der militärischen Aktivität und Informationen über die beteiligten Streitkräfte nicht klargestellt hat, worum die Ukraine nach Kapitel III – Verminderung der Risiken – des Wiener Dokuments ersucht hat. Die Bereitstellung dieser Informationen wäre ein großer Beitrag zum Abbau der Spannungen in der Ostukraine, für deren Eskalation allein Russland verantwortlich ist.

Die Weigerung Russlands, ausreichend Informationen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten in der Nähe seiner Grenze zur Ukraine und auf der von Russland besetzten Krim zur Verfügung zu stellen, widerspricht dem Buchstaben und Geist des Wiener Dokuments, das von allen 57 Teilnehmerstaaten verabschiedet wurde, auch von Russland. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, sich an seine Verpflichtungen gegenüber dieser Organisation und an die Prinzipien zu erinnern, deren Einhaltung von uns allen erwartet wird, darunter jene, die im Wiener Dokument festgelegt sind.

Nachdem Russland sieben Jahre lang den Konflikt in der Ostukraine geschürt und angeheizt hat, hat es nun Gelegenheit, das Richtige zu tun. Jetzt ist es für Russland an der Zeit, die Art seiner militärischen Aktivitäten in der Nähe der ukrainischen Grenze klar zu benennen und die Besorgnisse seiner Nachbarn und der OSZE-Teilnehmerstaaten im Einklang mit dem Wiener Dokument zu beseitigen. Alle verfügbaren Beweise deuten darauf hin, dass es sich hier nicht um eine militärische Routineübung handelt.

In Anbetracht des Zeitpunkts, des Standorts und der Zusammensetzung der beteiligten russischen Streitkräfte halten wir auch alle Andeutungen für zweifelhaft, dass diese Aktivitäten im Zusammenhang mit der russischen Übung „ZAPAD“ im Laufe des Jahres stehen könnten. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Russland in seiner Notifikation F30

angab, dass „ZAPAD“ vom 10. bis 16. September auf Truppenübungsplätzen im Militärbezirk West stattfinden werde. Der Zusammenhang der Übung mit der derzeitigen Aktivität ist nicht plausibel, selbst wenn man mögliche Änderungen der Übungspläne in Betracht zieht, insbesondere ohne eine aktualisierte Notifikation.

Die Ukraine ist sicherlich zu Recht über diese Aktivitäten besorgt. Sowohl 2008 als auch 2014 hat Russland in ähnlicher Weise Kräfte zusammengezogen, bevor es militärische Operationen gegen Georgien und später gegen die Ukraine in Gang setzte. Seit Monaten nutzt Russland seine Erklärungen im Ständigen Rat, um ein falsches Narrativ zu entwerfen, das von einer nicht zu übersehenden groß angelegten militärischen Operation der Ukraine erzählt. Eine solche Eskalation von Seiten der Ukraine ist nicht zu erkennen.

Russlands einseitige militärische Aktivitäten dienen nur der weiteren Destabilisierung einer ohnehin instabilen Lage und drohen, die brüchige Waffenruhe vor Ort in der Ostukraine auszuhebeln. Seine Abwesenheit bei der heutigen gemeinsamen Sitzung trägt nicht dazu bei, die Besorgnisse dieses Gremiums zu zerstreuen. Vielmehr ist sie ein weiteres beunruhigendes Signal und deutet darauf hin, dass Russland seine Verpflichtungen missachtet und diesen provokanten Weg fortsetzen will – was mit echten Risiken für die regionale Sicherheit verbunden ist.

Den nach dem Wiener Dokument sowie aus öffentlich zugänglichen Quellen verfügbaren Informationen zufolge hat Russland eine beträchtliche Anzahl von Streitkräften gemeldet, die in Einrichtungen der Region stationiert sind: über 17 000 Mann auf ukrainischem Hoheitsgebiet auf der Krim zum Beispiel. Eine Aktivität im Gelände, an der auch nur ein Teil dieser Kräfte beteiligt wäre, würde die Schwelle von 9000 Mann für die vorherige Ankündigung einer militärischen Aktivität nach Absatz 40.1.1 überschreiten, zumindest zu dem Zeitpunkt, an dem die beteiligten Truppen mit den Aktivitäten beginnen. Wenn diese Kräfte durch Truppen und Gerät von außerhalb der Region verstärkt werden, was unserer Einschätzung nach der Fall ist, steigen diese Zahlen natürlich an.

Nach Informationen aus verfügbaren Quellen hat Russland jetzt mehr Truppen an der ukrainischen Grenze stationiert als jemals zuvor seit 2014. Russland hat 15 000 bis 25 000 Mann starke Truppen auf die Krim oder näher an die ukrainische Grenze verlegt. Diese Zahl beinhaltet Infanterie, Panzerbataillone, Hubschrauber und Mittel zur Flugabwehr. Diese Kräfte kommen zu den ohnehin erheblich verstärkten Gefechtsfähigkeiten Russlands auf der Krim und entlang seiner völkerrechtlich anerkannten Grenze zur Ukraine hinzu. Auf der Krim verfügt Russland nach unserer Einschätzung über etwa 31 500 Mann und hat moderne Luftabwehrsysteme, wie das S-400, Jagdflugzeuge und Marschflugkörper der Küstenverteidigung disloziert. Entlang der völkerrechtlich anerkannten Grenze zur Ukraine hat Russland sein Streitkräftedispositiv seit 2015 erheblich verstärkt, indem es Zehntausende Mann stationiert, Truppenteile reaktiviert, Stützpunkte modernisiert und leistungsfähigere Ausrüstung geeignet für den Kampf am Boden, in der Luft- und zur Luftverteidigung in Stellung gebracht hat.

Die Vereinigten Staaten stellen fest, dass der Mechanismus nach Absatz 16 nicht auf Fälle „bedeutsamer militärischer Aktivitäten beschränkt ist, die der Meldung nach dem Wiener Dokument 2011 unterliegen“, wie Russland in seiner jüngsten Verbalnote zu suggerieren scheint. Nach Absatz 16, werden die Teilnehmerstaaten bezüglich „jeglicher ungewöhnlicher und unvorhergesehener Aktivitäten ihrer Streitkräfte, die außerhalb ihrer

normalen Friedensstandorte [...] stattfinden“ einander konsultieren und zusammenarbeiten, was auch Aktivitäten unterhalb der Schwellenwerte des Wiener Dokuments einschließt.

Große militärische Aktivitäten an der Grenze – oder sogar auf dem Hoheitsgebiet – eines Nachbarn ohne vorherige Ankündigung, wie es hier der Fall ist, sind destabilisierend, insbesondere angesichts des Kontexts und der Geschichte. Sie werfen Fragen über die Absichten auf.

Unseres Wissens hat die Ukraine keinen Schritt unternommen, der als Provokation einer solchen Reaktion betrachtet werden können.

Wir fordern Russland erneut auf, den Umfang, die Zusammensetzung und den Zweck dieser Aktivität zu erklären.

Das Wiener Dokument und die stabilisierenden Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen (DOC.FSC/2/96) skizzieren eine Reihe möglicher Maßnahmen, die die Grundlage für Empfehlungen zur Stabilisierung der derzeitigen Lage bilden können. Als eine dieser Maßnahmen empfehlen wir, dass Russland in Anlehnung an die Parameter des F10-Ersuchens der Ukraine über seine Aktivitäten, die Besorgnis ausgelöst haben, ausführlich unterrichtet, und dass Russland zu einem freiwilligen Besuch einlädt, um die Besorgnisse über seine militärischen Aktivitäten zu beseitigen, wozu Absatz 18 des Wiener Dokuments 2011 ermuntert.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Einberufung dieser wichtigen gemeinsamen Sondersitzung. Wir schätzen Ihre Bemühungen und die Ihres Teams angesichts der Dringlichkeit und sehr schwieriger Umstände.

Kanada ist tief besorgt über die jüngsten destabilisierenden Handlungen Russlands und dessen erhebliche militärische Aufrüstung von Streitkräften und Gerät entlang der Grenze der Ukraine und auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim. Die groß angelegten Bewegungen von Truppen, Panzern und anderen Artillerieeinheiten ohne vorherige Ankündigung stellen bedrohliche und destabilisierende Aktivitäten dar.

Kanada ist ebenfalls tief besorgt über die fortgesetzten Versuche der Russischen Föderation, ein falsches Narrativ über die ukrainischen Absichten und „Provokationen“ zu verbreiten. Die Rhetorik Russlands seine Gründe für mögliche Offensivhandlungen im Donbass betreffend sind besonders beunruhigend und beeinträchtigen die Bemühungen um die Deeskalation der derzeitigen Krise erheblich. Wir unterstützen weiterhin voll und ganz die Bemühungen der Ukraine, dieser Desinformationskampagne entgegenzutreten und fordern die Russische Föderation auf, ihre aggressive und eskalierende Rhetorik zu beenden.

Wir begrüßen die Bemühungen der Ukraine, von den Mechanismen zur Verminderung der Risiken Gebrauch zu machen, die das Wiener Dokument bietet, im Bemühen, die Lage zu deeskalieren und um sich Klarheit sowohl über Umfang und Größenordnung dieser Bewegungen als auch über ihren strategischen Zweck zu verschaffen.

Das Wiener Dokument ist nach wie vor das Grundgerüst des OSZE-Instrumentariums von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, und wir fordern Russland auf, wieder in gutem Glauben an allen Aspekten des Wiener Dokuments 2011 teilzunehmen, im Einklang mit den Absichten des Dokuments, Vertrauen wiederaufzubauen und militärische Risiken zu vermindern.

Wir sind der Meinung, dass es sich um eine angebrachte Anwendung des Wiener Dokuments handelt: Deeskalation in einer angespannten Lage – genau dafür wurde das

vertrauens- und sicherheitsbildende Instrumentarium konzipiert. Damit es wirksam ist, müssen jedoch alle Parteien wollen, dass es funktioniert.

Die Antwort Russlands auf das begründete F10-Ersuchen der Ukraine um Informationen über „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ versuchte weder ausreichend auf die berechtigten Besorgnisse eines benachbarten Teilnehmerstaats einzugehen, noch den Eindruck einer böswilligen Absicht zu zerstreuen. Darüber hinaus war die Weigerung Russlands, an der von der Amtierenden Vorsitzenden für 10. April einberufenen Sondersitzung teilzunehmen, ein weiteres eindeutiges Zeichen für den mangelnden Willen Russlands, die Lage zu deeskalieren.

Es ist ermutigend, dass wir in der heutigen Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rats einen Delegierten der Russischen Föderation sehen. Wir würden es begrüßen, wenn sich Russland um Transparenz in Bezug auf seinen groß angelegten Aufwuchs von Truppen, Panzern und Artillerie entlang der Grenze zur Ukraine und auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim bemühen würde. Wir möchten vorschlagen, dass Russland bei der Überlegung, wie es die im Wiener Dokument vorgesehenen Transparenzmechanismen im Sinne der Risikominderung am besten einsetzt, gebührend berücksichtigt, wie die Absicht seiner Handlungen von seinen Nachbarn wahrgenommen werden könnte. Wir sind unverändert besorgt über die Aktualität dieser Bemühungen Russlands und stellen sein echtes Bekenntnis zu unseren gemeinsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Frage, da wir feststellen, dass Russland jede Gelegenheit nutzt, um von den im Wiener Dokument vorgesehenen Mechanismen Gebrauch zu machen, routinemäßig an Besuchen teilnimmt und Inspektionen in anderen Teilnehmerstaaten durchführt, wohingegen es in Hinblick auf die beabsichtigte Gegenseitigkeit von dessen Bestimmungen einen fast quertreiberischen Ansatz verfolgt.

Wir sind nach wie vor zutiefst enttäuscht, dass die Russische Föderation weiterhin versucht, die Anwendbarkeit des Wiener Dokuments zu bestreiten, anstatt sich zu entschließen, unsere gemeinsamen Mechanismen für Transparenz und die Verminderung der Risiken zu nutzen und auf diese geäußerten Besorgnisse einzugehen. Das mangelnde Engagement hinterlässt den deutlichen Eindruck, dass Russland nicht an Transparenz und der damit verbundenen Risikominderung interessiert ist, sondern vielmehr versucht, jegliche Bemühungen, die Spannungen mit seinen Nachbarn zu verringern, zu vermeiden.

Wir fordern Russland auf, seinen Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument 2011 sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist nach vollständig nachzukommen und eine vernünftige und wohl überlegte Antwort in Bezug auf seine jüngste groß angelegte militärische Aktivität zu geben, die sich auf deren umfassendere Absicht konzentriert. Das Wiener Dokument stellt diese Instrumente zur Verfügung. Ohne ein solches Engagement bleiben uns eine Reihe beunruhigender Fragen: Warum beteiligt sich Russland nicht an den jüngsten Aktivitäten, die nach Kapitel III des Wiener Dokuments einberufen wurden? Warum nutzt es die Gelegenheit nicht, den benachbarten Teilnehmerstaaten eine Offenheit und Transparenz zu vermitteln, die helfen würden, die Besorgnisse zu zerstreuen? Warum setzt es seine aggressive Rhetorik fort, wenn es keine bösen Absichten hat?

Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, in gutem Glauben zu handeln und ehrliche Bemühungen zu unternehmen, um auf die Besorgnisse seiner Nachbarn einzugehen, Besorgnisse, die von der großen Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten geteilt werden.

Was Kanada betrifft, so haben Premierminister Trudeau und Außenminister Garneau vor Kurzem mit Präsident Selenskyj und Außenminister Kuleba über die Lage gesprochen, was zeigt, wie wichtig und ernst Kanada diese nimmt, und wir werden die Lage weiterhin genau beobachten.

Wir sind besorgt angesichts von Berichten über die zunehmende Gewalt im Donbass, darunter den Tod von sechs ukrainischen Soldaten, die kürzlich von Scharfschützen erschossen wurden, und wir werden weiterhin mit Verbündeten und Partnern daran arbeiten, zu betonen, wie wichtig es ist, diplomatische Wege zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine zu verfolgen. Wir ermutigen Russland nachdrücklich zur Einhaltung der Waffenruhevereinbarung und zur Deeskalation der zunehmenden Gewalt im Donbass.

Kanada unterstützt nach wie vor unverbrüchlich die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Schifffahrtsrechte in ihren Hoheitsgewässern und darüber hinaus. Wir loben die Ukraine für ihre Zurückhaltung.

Danke, Herr Vorsitzender.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN/DES VERTRETERS
DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Portugals übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin/den Vertreter der Europäischen Union, die/der folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten begrüßen die Einberufung dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates durch ihre Vorsitze Armenien und Schweden auf Ersuchen der Delegation der Ukraine. Diese Erörterung der Sicherheitsbesorgnisse über die anhaltenden ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation in den an die Staatsgrenze der Ukraine angrenzenden Gebieten und in der widerrechtlich annektierten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol ist in der Tat dringend nötig.

Wir verfolgen die Verschlechterung der Sicherheitslage in der Ostukraine und die russischen Truppenbewegungen in Richtung und an der Grenze zur Ukraine und auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim sehr genau und mit großer Besorgnis. Wir fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, die notwendigen Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen, und sich auf einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen einzulassen. Wir alle haben das Wiener Dokument unterzeichnet, um militärische Risiken und Fehleinschätzungen zu verringern, das Verständnis von Bedrohungswahrnehmungen zu verbessern und Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten aufzubauen. Es ist ein wesentliches Element unserer gemeinsamen Sicherheit. Wir unterstützen daher vollinhaltlich das Ersuchen der Ukraine, den Konsultationsmechanismus zu aktivieren, wie in Absatz 16 im Kapitel zur Verminderung der Risiken des Wiener Dokuments vorgesehen.

Wir haben die Erklärungen der Russischen Föderation am Freitag zur Kenntnis genommen, die kaum als ausreichend betrachtet werden können, da sie keine entsprechenden Informationen zur Erklärung der fraglichen Aktivitäten und zur Beseitigung der Besorgnisse enthalten.

Die Weigerung der Russischen Föderation, auf dem Treffen letzten Samstag in einen aussagekräftigen Dialog einzutreten, war bedauerlich und trägt nicht zu den Bemühungen um eine Deeskalation bei. Wir fordern Russland deshalb auf, sich in gutem Glauben auf der

Grundlage seiner politisch-militärischen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE zu beteiligen.

Wir sind besorgt über die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der russischen Truppen an der Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, die zu einer Zeit stattfinden, in der auch die Gewalt in der Ostukraine zugenommen hat. Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine stellt in ihrem jüngsten wöchentlichen Bericht fest, dass sich die Zahl der Waffenruheverletzungen in der zweiten Woche in Folge fast verdreifacht hat. Die zunehmende Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe und der Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung und den ukrainischen Militärangehörigen an bekannten Brennpunkten ist höchst besorgniserregend. Wenn es an Transparenz und gegenseitigem Vertrauen mangelt, können Provokationen und die Verbreitung von Desinformation schlimme Folgen haben.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer auf beiden Seiten der Kontaktlinie haben genug menschliches Leid gesehen. Das Gipfeltreffen des Normandie-Quartetts in Paris und das erneute Bekenntnis zur Waffenruhe im Juli letzten Jahres haben auf Fortschritte in Richtung einer friedlichen Lösung hoffen lassen. Die Europäische Union begrüßt die wichtigen Schritte, die die Ukraine unter der Führung von Präsident Selenskyj diesbezüglich unternommen hat. Wir bedauern, dass ein außerordentliches Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe am 7. April nicht zu einer Verlängerung der Waffenruheverpflichtungen vom 22. Juli 2020 durch alle Seiten geführt hat, da die Russische Föderation sich weigerte, sich konstruktiv einzubringen. Wir fordern die Parteien auf, Handlungen und Rhetorik zu unterlassen, die zu steigenden Spannungen führen, und stattdessen ihre Bemühungen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu intensivieren. Insbesondere fordern wir die Russische Föderation nachdrücklich auf, volle Transparenz über ihre militärischen Aktivitäten herzustellen, die für andere Teilnehmerstaaten Anlass zu großer Besorgnis sind.

Wir erinnern an unseren grundsätzlichen Standpunkt, dass die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen der einzig gangbare Weg ist. Wir unterstützen mit Nachdruck die Bemühungen sowohl des Normandie-Formats als auch der Trilateralen Kontaktgruppe um eine friedliche Beilegung des Konflikts, unter voller Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Die Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine ist von entscheidender Bedeutung und wir fordern Russland auf, dafür zu sorgen, dass die Mission uneingeschränkte Bewegungsfreiheit in der Ukraine hat, was aufgrund der von den von Russland unterstützen bewaffneten Formationen verursachten Beschränkungen, einschließlich der gezielten und intensiven Störangriffe auf ihre unbemannten Luftfahrzeuge und der Verweigerung des Zugangs oder der Durchfahrt an ihren Kontrollposten, nie der Fall war.

Abschließend bekräftigen wir unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, das ebenfalls zu tun. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir die Lage weiterhin sorgfältig beobachten und entschlossen auf jede weitere Verletzung dieser Prinzipien reagieren.

Empfehlungen

Im Hinblick auf Maßnahmen zur Klarstellung der Lage sowie zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, sprechen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Empfehlung aus, von allen einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und anderer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in vollem Umfang Gebrauch zu machen und insbesondere:

- an die Russische Föderation, Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen und einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen aufzunehmen;
- an die Russische Föderation, im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument volle Transparenz über ihre militärischen Aktivitäten herzustellen, insbesondere über die grundlegende Frage betreffend Umfang und Struktur der ständig in den betreffenden Gebieten stationierten Truppen und der zusätzlich verlegten Truppen, die an Gefechtsausbildungen teilnehmen und die Dauer ihres Einsatzes;
- an die Russische Föderation, freiwillig einen Besuch zu veranstalten, um Besorgnisse über ihre militärischen Aktivitäten zu beseitigen, im Einklang mit den Bestimmungen von Absatz 18 des Wiener Dokuments 2011;
- diese konkrete Frage weiterhin im Ständigen Rat und/oder im Forum für Sicherheitskooperation zu erörtern;
- dass die beteiligten Teilnehmerstaaten das Forum für Sicherheitskooperation weiterhin regelmäßig unterrichten, insbesondere über militärische Aktivitäten in Grenzgebieten.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Empfehlungen und unsere heutige Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

¹ Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/68
14 April 2021
Annex 6

GERMAN
Original: FRENCH

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS)

Frau Vorsitzende,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union im Namen ihrer Mitgliedsstaaten an und möchte das Wort ergreifen, auch im Namen von Deutschland, um folgende Punkte hervorzuheben.

Wie in ihren Erklärungen vom 3. und 10. April dargelegt, sind sowohl Frankreich als auch Deutschland tief besorgt über die zunehmende Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe und die jüngste Verschlechterung der Sicherheitslage in der Ostukraine. Obschon das erneute Bekenntnis der Parteien zur Waffenruhe im vergangenen Juli einen noch nie dagewesenen Rückgang der Gewalt seit der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen ermöglicht hatte, haben wir in den letzten Wochen eine nachlassende Einhaltung der Waffenruhe beobachtet und bedauern insbesondere den Anstieg der Zahl der Opferunter den ukrainischen Streitkräften und der Zivilbevölkerung seit Anfang des Jahres 2021. Wir beobachten die Lage, bei der das Risiko einer Eskalation nicht unterschätzt werden sollte, weiterhin genau.

Seit einigen Tagen beobachten wir und andere Partner groß angelegte russische Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine. Diese Aktivitäten in der Nähe der Grenze sind ein Grund zur Besorgnis. Als Reaktion auf diese russischen Truppenbewegungen hat die Ukraine beschlossen, den Mechanismus für Konsultationen nach Absatz 16.1 des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der OSZE in Gang zu setzen. Frankreich und Deutschland unterstützen die Aktivierung dieses Mechanismus, der speziell für diese Art von Besorgnissen gedacht ist. Die von der Russischen Föderation abgegebenen Erklärungen können nicht als zufriedenstellend betrachtet werden, da sie keine sachdienlichen Informationen zur Erklärung der fraglichen Aktivitäten und zur Beseitigung der Besorgnisse bieten. Wir bedauern auch, dass die Russische Föderation es abgelehnt hat, an dem von der Ukraine einberufenen bilateralen Treffen teilzunehmen, wie es der Konsultationsmechanismus nach dem Wiener Dokument vorsieht. Wir fordern Russland daher auf, sein Vorgehen zu überdenken und sich nach Treu und Glauben zur Einhaltung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen gegenüber der OSZE zu verpflichten.

Unsere Wachsamkeit geht mit einem aktiven Engagement unsererseits einher. Frankreich und Deutschland stehen in regelmäßigem Kontakt mit den Parteien, insbesondere im Normandie-Format, um die Spannungen abzubauen, wie dies auch beim Treffen der diplomatischen Berater vom 29. März der Fall war. Bei ihrem Treffen mit Wladimir Putin forderten der Präsident der Republik und die deutsche Bundeskanzlerin ihren russischen Amtskollegen auf, sich voll und ganz für die wirksame Einhaltung der Waffenruhe einzusetzen.

Die Einhaltung der Waffenruhe hat für uns weiterhin höchste Priorität und ist wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage in der Konfliktzone, die auf dem Gipfeltreffen in Paris beschlossen wurden, bleiben vorerst unvollständig.

Wir begrüßen zwar die Verlängerung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), fordern aber ein Ende der Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, die nach wie vor ein großes Hindernis für jeglichen substanziellen Fortschritt vor Ort darstellen, damit die SMM ihre Mission im Einklang mit ihrem Mandat ausüben kann. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, freien, sicheren und ungehinderten Zugang für die Beobachter und Ausrüstung der SMM zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine zu gewährleisten. Frankreich und Deutschland sind fest entschlossen, Russland an seine diesbezügliche Verantwortung zu erinnern. Wir bekräftigen auch unsere volle Unterstützung für die Grenzbeobachtermission der OSZE.

Frankreich und Deutschland haben ihrerseits eingehende Erörterungen mit den Parteien aufgenommen, um eine gerechte und dauerhafte Beilegung des Konflikts zu erwirken. Ziel ist es, ein Bündel von Maßnahmen zu erreichen, das die Besorgnisse aller Parteien berücksichtigt, um die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit zu erleichtern.

Wir erwarten, dass Russland sowohl im Normandie-Format als auch in der Trilateralen Kontaktgruppe zu diesen Erörterungen in konstruktiver und verantwortungsvoller Weise beiträgt. Wir fordern es auch auf, seinen Einfluss, den es über die De-facto-Vertreter der Gebiete, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, hat, stärker zu nutzen.

Abschließend bekräftigen Frankreich und Deutschland ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Unsere beiden Länder setzen ihre Bemühungen im Normandie-Format fort, um die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu gewährleisten, und es finden regelmäßige Verhandlungen zu diesem Zweck statt. Seien Sie versichert, dass das Engagement Frankreichs und Deutschlands nicht ins Wanken geraten wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme unserer gemeinsamen Erklärung und dieser Empfehlungen in das Journal des Tages.

Empfehlungen

Zusätzlich zu den Empfehlungen der Europäischen Union empfehlen Frankreich und Deutschland der Russischen Föderation:

- im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument und als Reaktion auf das nach Absatz 16 eingeleitete Verfahren
 - vollständige Transparenz in Bezug auf seine militärischen Aktivitäten in den betreffenden Gebieten;
 - insbesondere über den Umfang und die Struktur seiner ständig in den betreffenden Gebieten stationierten Truppen und der kürzlich zusätzlich verlegten Truppen, selbst wenn es sich um routinemäßige Übungsmaßnahmen handelt, sowie über die Dauer, den/die Standort(e) und den vorübergehenden oder ständigen Charakter dieser Stationierung;
- Als Teil des gegenseitigen Vertrauensbildungsprozesses zu erlauben, dass:
 - von der russischen Regierung akkreditierte Militärattachés aus unseren Teilnehmerstaaten bestimmte Teile der Übungen/teilnehmenden Formationen besuchen;
 - Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Medien diese Übungen ebenfalls verfolgen;
 - oder, falls notwendig, einen Besuchertag zu veranstalten.

Frankreich und Deutschland empfehlen allen Teilnehmerstaaten, in gutem Glauben die Anwendbarkeit von im OSZE-Dokument über stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen enthaltenen Maßnahmen zu sondieren.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich, unsere gemeinsame Erklärung und diese Empfehlungen dem Journal des Tages beizufügen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/68

14 April 2021

Annex 7

GERMAN

Original: ENGLISH

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ESTLANDS

Danke, Herr Vorsitzender,

Estland schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an.

Lassen Sie mich darüber hinaus auch unsere Besorgnis über die heute zur Diskussion stehenden Entwicklungen zum Ausdruck bringen, die keineswegs gewöhnlich sind.

Estland bringt seine ernste Besorgnis über die anhaltenden ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation in den an die Staatsgrenze der Ukraine angrenzenden Gebieten und in der widerrechtlich annektierten Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol zum Ausdruck.

Wir unterstützen die Ukraine voll und ganz und fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen und sich auf einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen einzulassen.

Die bisherigen Erklärungen der Russischen Föderation waren nicht zufriedenstellend.

Wir bedauern auch, dass sich Russland (bisher) nicht an den Konsultationen am Samstag und an dem heutigen Treffen beteiligt hat.

Damit wird bedauerlicherweise eine echte Chance zur Vertrauensbildung vertan.

Das widerspricht dem Buchstaben und dem Geist des Wiener Dokuments und aller Vertrauensbildung hier in der OSZE in Wien und im OSZE-Raum.

Es steht auch im Widerspruch zu den zahlreichen Beteuerungen Russlands.

Wir fordern Russland auf, seinen vertrauens- und sicherheitsbildenden Verpflichtungen sowie den von den Teilnehmerstaaten ausgesprochenen Empfehlungen nachzukommen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich zunächst Armenien einen erfolgreichen Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) wünschen.

Litauen schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte dem noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Litauen ist sehr besorgt über den Aufwuchs und die Konzentration der russischen Streitkräfte, die derzeit an den Grenzen der Ukraine und auf der widerrechtlich annektierten Krim vor sich gehen. Die Erfahrungen von 2014 – 2015 erinnern uns daran, wie schnell eine solche Situation zu einer militärischen Konfrontation großen Ausmaßes eskalieren kann. Das macht uns verständlicherweise sehr besorgt.

Litauen unterstützt daher nachdrücklich die Aktivierung des Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten durch die Ukraine gemäß Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments. Damit bekundet die Ukraine ihre Bereitschaft zu Konsultationen, die darauf gerichtet sind, mögliche Missverständnisse zu klären und die Unberechenbarkeit und militärische Risiken zu verringern.

Die Antwort Russlands auf das Ersuchen der Ukraine um eine Erklärung für die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten war unbefriedigend. Die Weigerung Russlands, an dem Treffen am vergangenen Samstag (10. April) teilzunehmen, steht im Widerspruch zu den Vorgaben des Wiener Dokuments. Das ist ein weiteres Beispiel für die selektive Umsetzung bestehender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, die von allen Teilnehmerstaaten zur Bewältigung derartiger Situationen vereinbart wurden.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Russland seine Propaganda- und Desinformationskampagne gegen die Ukraine erheblich verstärkt hat. Russland hat sich auch geweigert, seine Waffenruheverpflichtungen zu verlängern, und beschuldigt die Ukraine zu Unrecht, sowohl eine militärische Offensive vorzubereiten als auch zivile Siedlungen im von Russland besetzten Teil der Ukraine unter Beschuss zu nehmen. Litauen verurteilt diese Provokationsrhetorik der Russischen Föderation.

Wir loben die Ukraine für ihr entschlossenes Bekenntnis zu einer friedlichen Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts sowie für die Zurückhaltung ihrer Streitkräfte. Dabei anerkennen wir das Recht der Ukraine, sich gegen die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation zu verteidigen, die bereits über sieben Jahren andauert.

Litauen schließt sich voll und ganz den Empfehlungen an, die im zweiten Teil dieses Treffens im Namen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterbreitet werden sollen. Insbesondere erwarten wir von der Russischen Föderation eine ausführliche Erklärung ihrer militärischen Aktivitäten an den Grenzen zur Ukraine und auf der widerrechtlich annektierten Krim, wie das die Ukraine im Einklang mit den in Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments vorgesehenen Maßnahmen zur Verminderung der Risiken gefordert hat.

Litauen nutzt diese Gelegenheit, um die Vorsitzenden des Ständigen Rates und des FSK zu ersuchen, diese Frage ganz oben auf ihrer Tagesordnung zu belassen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte Ihnen unsere Ansichten zu dieser Angelegenheit mitteilen, die wir bereits bei dem Treffen nach dem Wiener Dokument Kapitel III Absatz 16 vom 10. April 2021 zum Ausdruck gebracht haben.

Erstens ist die nachdrückliche Unterstützung der Türkei für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, einschließlich der Krim, allseits bekannt.

Zweitens möchten wir unseren ernsthaften Aufruf zur vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen bekräftigen. Die Waffenruhe muss vollständig eingehalten werden.

Drittens: Die jüngste Eskalation ist ein Grund zur Besorgnis für unsere Region und darüber hinaus.

In dieser kritischen Phase sollten kluge und vorsichtige Schritte zur Deeskalation der Spannungen unternommen werden.

Die Dialogkanäle sollten weiter offengehalten werden und die Diplomatie muss die Oberhand behalten. Was vor allem nottut, ist besonnenes Handeln.

Wir setzen unsere Gespräche mit beiden Seiten auf allen Ebenen in transparenter Weise fort.

Die derzeitige Krise sollte mit Zurückhaltung, mit diplomatischen Mitteln und auf der Grundlage der territorialen Integrität der Ukraine, einschließlich der Krim, sowie ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und politischen Einheit im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und mit dem Völkerrecht gelöst werden.

Die Schwarzmeerregion sollte weiterhin ein Raum des Friedens, der Eintracht und der Zusammenarbeit sein.

Die Türkei wird das Übereinkommen von Montreux weiterhin präzise und behutsam in voller Übereinstimmung mit dessen Buchstaben und Geist umsetzen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich zu guter Letzt unseren Standpunkt bezüglich der Krim wiederholen, der immer klar, konsequent und prinzipientreu war.

Die Türkei erkennt die rechtswidrige Annexion der Krim nicht an und ist besorgt über die Lage auf der Halbinsel.

Wir erwarten, dass die OSZE und ihre Institutionen die Lage weiterhin im Auge behalten werden und ihr Zugang zur Halbinsel sichergestellt wird.

Wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen zu lassen.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/68

14 April 2021

Annex 10

GERMAN

Original: ENGLISH

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

Herr Vorsitzender,

die Tschechische Republik schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, der ich als Vertreter meines Landes einige konkrete Anmerkungen zum Modernisierungsbedarf des Wiener Dokuments 2011 hinzufügen möchte.

Der Dialog ist die wichtigste Arbeitsmethode der OSZE. Wenn sich einer der Teilnehmerstaaten weigert, in einen konstruktiven Dialog einzutreten, der im Rahmen eines zuvor vereinbarten, genauen, schrittweisen Konsultationsmechanismus geführt wird, kann dieser Mechanismus nicht funktionieren; ein solches Verhalten ist als Ausdruck der Missachtung der Grundprinzipien dieser Organisation anzusehen. Die Entscheidung der Russischen Föderation, nicht an den am 10. April 2021 einberufenen bilateralen Konsultationen gemäß Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments 2011 teilzunehmen, ist ein Beispiel für ein derartiges Verhalten – es untergräbt das Vertrauen im OSZE-Raum.

Bei jeder Sitzung im Rahmen des FSK-Sicherheitsdialogs zum Wiener Dokument 2011 und seiner Modernisierung hörten wir von Vertreterinnen und Vertretern der Russischen Föderation die Forderung, sich auf eine bessere Umsetzung des Dokuments in seiner aktuellen Fassung zu konzentrieren. Doch nun, als die Russische Föderation Gelegenheit hatte, die ordnungsgemäße Umsetzung von Kapitel III des Wiener Dokuments 2011 „Verminderung der Risiken“ zu zeigen, um die von der Ukraine und anderen Teilnehmerstaaten geäußerten Besorgnisse zu zerstreuen, hat sie das nicht getan.

Die aktuelle Lage in Bezug auf die Umsetzung von Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments 2011 wäre ein starkes Argument, das für eine Modernisierung des Dokuments spricht. Der diesbezügliche umfassende gemeinsame Vorschlag, der unter dem tschechischen FSK-Vorsitz am 23. Oktober 2019 vorgelegt wurde (und gegenwärtig von 34 Teilnehmerstaaten unterstützt wird), enthält auch mehrere konkrete Vorschläge für diese Situation, wie etwa die Einrichtung einer Sonderinspektion und so fort.

Die Tschechische Republik ruft alle Teilnehmerstaaten auf, mit der Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 fortzufahren und die konkreten Bestimmungen des Dokuments in den Situationen, für die es bestimmt ist, zu befolgen.

Danke, Herr Vorsitzender.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/68
14 April 2021
Annex 11

GERMAN
Original: ITALIAN

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ITALIENS

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an. Ich möchte dem noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Wir verfolgen weiterhin mit Sorge die Berichte über die Entwicklungen vor Ort nahe der russisch-ukrainischen Grenze und auf der Krim, die verständlicherweise bei einigen Teilnehmerstaaten große Besorgnis auslösen.

Es geht heute nicht um die Beurteilung der Legitimität dieser Militärmanöver auf dem nationalen Territorium eines Teilnehmerstaats, wie auch von unseren geschätzten russischen Kollegen in den sozialen Medien behauptet wurde, sondern um den Zweck solcher Manöver und vor allem um die „Bedrohungswahrnehmung“, die sie bei anderen Teilnehmerstaaten ausgelöst haben.

Um zu verhindern, dass Zweifel und Missverständnisse Krisen unter den Teilnehmerstaaten auslösen, haben wir uns in nicht allzu ferner Vergangenheit hier in der OSZE gemeinsam auf ein komplexes und umfassendes Paket von Transparenz- und vertrauensbildenden Maßnahmen geeinigt, das sich heute als zunehmend notwendig und wichtig erweist. Diese Instrumente stehen allen zur Verfügung – ich wiederhole, allen – und ermöglichen es, im Dialog Fragen zu klären, die die regionale Stabilität schwächen könnten.

Wir beglückwünschen daher die Ukraine zur Wiederaufnahme des Dialogs über ihre „Risikowahrnehmung“ durch die Aktivierung des in Absatz 16 des Wiener Dokuments vorgesehenen Mechanismus; gleichzeitig fordern wir die Russische Föderation nachdrücklich auf, auf die in den Konsultationen vom vergangenen Montag aufgeworfenen Fragen gemäß Absatz 16.2 des Wiener Dokuments zu antworten und die Empfehlungen zu akzeptieren, die in dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates ausgesprochen werden.

Abschließend, Herr Vorsitzender, erlauben Sie mir, daran zu erinnern, wie hilfreich es heute wäre, auch von den operativen Instrumenten des Vertrags über den Offenen Himmel Gebrauch zu machen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt der Tagesordnung**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Verehrte Vorsitzende,

ich danke Ihnen für die Einberufung dieses gemeinsamen Treffens heute und der ukrainischen Delegation für die Initiative dazu. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit Armenien einen erfolgreichen Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation wünschen.

Georgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir haben immer wieder unsere tiefe Besorgnis über die groß angelegte militärische Aufrüstung der russischen Streitkräfte in der Nähe der Staatsgrenze der Ukraine und auf der rechtswidrig besetzten Krim zum Ausdruck gebracht.

Die Weigerung Russlands, substanzielle Informationen im Rahmen des Wiener Dokuments zur Verfügung zu stellen, und die Weigerung, proaktiv an den von der Ukraine beantragten Treffen am 10. April und heute teilzunehmen, verstärken diese Besorgnis nur noch. Die aggressive Rhetorik der offizieller Vertreter Russlands trägt auch nicht dazu bei, sie zu zerstreuen.

Wir erinnern daran, dass das Wiener Dokument ein Schlüsselinstrument für die Vertrauens- und Sicherheitsbildung ist und insbesondere darauf abzielt, Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit in Bezug auf die militärischen Aktivitäten zu erhöhen. Wir fordern Russland auf, seinen Verpflichtungen aus diesem politisch verbindlichen Dokument nachzukommen und sich im Rahmen des entsprechenden Mechanismus zu bemühen, die Situation zu deeskalieren.

Die georgische Seite ist besorgt angesichts der Berichte der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) über einen drastischen Anstieg der Verstöße gegen die Waffenruhe in den letzten Tagen in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk und über die gestiegene Zahl der Todesopfer. Wir bedauern, dass die Mittel der SMM weiterhin im Kreuzfeuer stehen und die Bewegungsfreiheit ihrer Beobachter in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten noch immer eingeschränkt ist. Die ungehinderte Umsetzung des Mandats der SMM – die Lage vor Ort zu beobachten und darüber zu

berichten, auch in den Gebieten entlang der russisch-ukrainischen Staatsgrenze – ist von größter Bedeutung, insbesondere in einer Zeit erhöhter Spannungen wie der jetzigen.

Wie bereits letzte Woche erwähnt, hat die georgische Präsidentin ihre Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck gebracht, ebenso wie der Außenminister in seinem Telefongespräch mit seinem ukrainischen Amtskollegen. Als Land, das die militärische Aggression Russlands im Jahr 2008 mitgemacht hat und das bis heute die Besetzung von über 20 Prozent seines Hoheitsgebiets hinnehmen muss, unterstützen wir die Ukraine in ihrem Kampf um Frieden voll und ganz.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die entschiedene Unterstützung Georgiens für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen bekräftigen. Wir fordern Russland auf, seine Handlungen rückgängig zu machen und die Prinzipien des Völkerrechts und der Schlussakte von Helsinki zu achten und zu wahren.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat
Forum für Sicherheitskooperation

FSC-PC.JOUR/68

14 April 2021

Annex 13

GERMAN

Original: ENGLISH

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION BULGARIENS

Frau Vorsitzende des Ständigen Rates,
Herr Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte dem schwedischen und dem armenischen Vorsitz unseren Dank für die Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Delegation der Ukraine aussprechen.

Bulgarien schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Ich möchte erneut die unerschütterliche Unterstützung Bulgariens für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen zum Ausdruck bringen.

Die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Ostukraine und der Aufwuchs russischer Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Staatsgrenzen, unter anderem auch auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, geben zu größter Besorgnis Anlass.

Bulgarien hat als Schwarzmeer-Anrainerstaat ein noch stärkeres Interesse an einer Deeskalation in der Region. Bulgarien bedauert aufrichtig, dass die Russische Föderation die Gelegenheit nicht nutzen wollte, an dem Treffen vom 10. April 2021 gemäß Kapitel III Absatz 16.2 des Wiener Dokuments teilzunehmen. Die Russische Föderation wäre in der Lage gewesen, die Besorgnisse zu beseitigen, wenn sie völlig transparent Informationen über die laufenden militärischen Aktivitäten zur Verfügung gestellt hätte.

Wir legen der Russischen Föderation nachdrücklich nahe, ihr Vorgehen zu überdenken und von den in der OSZE und insbesondere im Wiener Dokument vorgesehenen Konsultationsmechanismen Gebrauch zu machen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erneut das uneingeschränkte Bekenntnis Bulgariens zu den Grundsätzen und Normen der Rüstungskontrollregime und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bekräftigen, deren Ziel die Verminderung der Risiken und die Erhöhung von Berechenbarkeit und Vertrauen im politisch-militärischen Bereich ist. In

diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal unsere volle Unterstützung für eine substantielle Modernisierung des Wiener Dokuments als wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens bekräftigen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke.



81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK
FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation erachtet die Aktivierung der Verfahren nach Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments 2011 durch die Ukraine als unbegründet. Wir führen keine militärische Aktivität durch, die eine Information nach dem Wiener Dokument 2011 erfordert. Die betreffende Aktivität ist eine geplante Routineaktivität, wird im Rahmen der zu Ende gehenden Winterausbildungsperiode für Truppenteile und Gliederungen derselben, einschließlich jener des Militärbezirks Süd, durchgeführt und bedarf keiner Ankündigung. Die Bewegung der russischen Gliederungen von Truppenteilen findet im Rahmen der Gefechtsausbildung (das möchte ich hier ausdrücklich hervorheben) auf unserem Staatsgebiet statt, ist der Situation angemessen und berührt nicht die Sicherheit anderer Staaten.

Die Ziele und der Zweck dieser Übung wurden öffentlich bekannt gegeben. Auf der offiziellen Website des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation wird ausführlich über die Übung berichtet. Was die Ausführlichkeit unserer Antworten auf die Fragen der Ukraine über das OSZE-Kommunikationsnetz betrifft, so entsprach sie voll und ganz der Argumentation und der Glaubwürdigkeit der Fragen selbst.

Es finden in der Tat „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ in Europa statt. Sie finden im Donbass seit 2014 statt, zudem mit unzähligen Verstößen gegen das Wiener Dokument 2011. Diese sind der Ukraine zuzuschreiben, die allem Anschein nach seit damals von außen gesteuert wird.

Seit nunmehr sieben Jahren führt die Ukraine auf ihrem Territorium militärische Aktivitäten durch, an denen bis zu 70 000 Mann und große Mengen an schwerem Gerät beteiligt sind, ohne die nach dem Wiener Dokument 2011 erforderlichen Ankündigungen vorzunehmen und ohne Beobachter in dieses Gebiet einzuladen. Ich beziehe mich auf die Nichteinhaltung der folgenden Bestimmungen durch die ukrainische Regierung:

- Absätze 10.3 bis 10.3.3, wonach eine Erhöhung der Personalstärke von Truppenteilen und Truppenformationen oder die vorübergehende Aktivierung „nicht aktiver“ Truppenteile und Truppenformationen anzukündigen ist (und mehrere Phasen der von

der Ukraine durchgeführten Mobilisierung hätten genau dies zur Folge haben müssen);

- Absätze 38 bis 46.2, denen zufolge eine militärische Aktivität immer dann der Ankündigung unterliegt, wenn sie mindestens 9000 Mann, 250 Kampfpanzer, 500 gepanzerte Kampffahrzeuge oder 250 Artilleriegeschütze (Kaliber 100 mm und darüber) umfasst;
- Absätze 47 bis 60, denen zufolge die Teilnehmerstaaten verpflichtet sind, Beobachter zu verschiedenen Arten anzukündigender militärischer Aktivitäten einzuladen, bei denen die Stärke der eingesetzten Truppen 13 000 Mann überschreitet, die Zahl der Kampfpanzer 300 erreicht oder überschreitet, die Zahl der gepanzerten Kampffahrzeuge 500 erreicht oder überschreitet oder die Zahl der Artilleriegeschütze einschließlich Granatwerfer und Mehrfachraketenwerfer 250 erreicht oder überschreitet.

Darüber hinaus verstößt die ukrainische Regierung gegen Absatz 68, demzufolge sie verpflichtet ist, bis zum 15. November eines jeden Jahres schriftliche Angaben zu militärischen Aktivitäten zu übermitteln, an denen mehr als 40 000 Mann oder 900 Kampfpanzer oder 2000 gepanzerte Kampffahrzeuge oder 900 Artilleriegeschütze, Granatwerfer und Mehrfachraketenwerfer (Kaliber 100 mm und darüber) beteiligt sind. Nach Absatz 70 hat sich die Ukraine jedoch dazu verpflichtet, keine derartigen militärischen Aktivitäten ohne rechtzeitige vorherige Ankündigung durchzuführen.

Trotz zahlloser Verstöße durch die ukrainische Regierung hat Russland nie die Bestimmungen von Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments 2011 aktiviert, wohl wissend, dass es auf direkt gestellte Fragen keine Antworten erhalten würde.

Erstaunlich ist die fehlende Reaktion auf diese Verstöße seitens der westlichen Länder, die sich, nach ihren heutigen Äußerungen zu urteilen, als Vorreiter militärischer Transparenz gerieren. Ihre scheinheilige Missachtung tatsächlich ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten – die fortgesetzte Strafoperation der ukrainischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung im Donbass – vor dem Hintergrund ihres übertriebenen Interesses an russischen Routineübungen geringer Intensität mit einem Minimum an Waffen und Personal bringt das Wiener Dokument als Instrument der Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten in Misskredit.

In dieselbe Kerbe schlagen auch die von der ukrainischen Delegation bei der OSZE am 8. und 9. April abgehaltenen privaten Unterrichtungen über die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze und das von der Delegation „in einem kleinen Kreis von Staaten“ verteilte inoffizielle Dokument zu diesem Thema. Übrigens erhielten auch nicht alle Teilnehmerstaaten Zugang zu den Konsultationen nach Absatz 16.2 des Wiener Dokuments, die die Ukraine am 10. April einberufen hatte. Was soll das sein – Transparenz „hinter verschlossenen Türen“ für einen engen Kreis von „Auserwählten“? Es lässt an einen im Voraus geplanten PR-Trick denken, bei dem die an einer Eskalation der Spannungen interessierten OSZE-Teilnehmerstaaten die Situation an der russisch-ukrainischen Grenze verdrehen und versuchen, die ganze Verantwortung Russland zuzuschieben.

Wir betrachten diese Politik als gezielten Versuch, die Aufmerksamkeit von den militärischen Vorbereitungen der ukrainischen Regierung im Südosten des Landes, ihrer Weigerung, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, sowie von der Verstärkung der militärischen Aktivitäten der NATO-Länder in der Ukraine und in der Nähe der russischen Grenzen abzulenken.

Auch von den Erklärungen des Präsidenten Selenskyj vor den Wahlen, in denen er den Krieg zu beenden versprach, ist nichts geblieben. Vor dem zustimmenden Chor ihrer westlichen „Einflüsterer“ aktualisiert die ukrainische Regierung derzeit ihre Mobilisierungspläne, um Reservisten einzuberufen und Truppen in der Region Cherson an der Grenze zur Krim und nahe der Kontaktlinie im Donbass zusammenzuziehen. Eine ukrainische Gruppe von rund 60 000 Mann ist in der Zone konzentriert, in der die sogenannte Operation der verbundenen Kräfte durchgeführt wird. Es werden Spezialeinsatzkräfte, Scharfschützentruppen und Sabotagegruppen eingesetzt. „Frische“ Truppenformationen werden herangeführt, die zu 95 Prozent bewaffnet und ausgerüstet sind.

Die Häufung der Verletzungen der Waffenruhe im Donbass deutet bereits darauf hin, dass die ukrainischen Streitkräfte eine Politik der Eskalation provozierender Aktionen verfolgen. Siedlungen werden beschossen. Ein Kind und ein Rentner wurden getötet. Zwischen dem 1. März und dem 11. April dokumentierten Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) mehr als 320 Sichtungen ukrainischer Waffen, fast die Hälfte davon großkalibrige schwere Artillerie, an Bahnhöfen im Donbass, die von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert werden. Ukrainische Waffen außerhalb ihrer ausgewiesenen Lagerungsstätten wurden insgesamt etwa 500 Mal von SMM-Kameras eingefangen.

Die Handlungen und die Rhetorik der externen „Einflüsterer“ der Kiewer Behörden – der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer NATO-Verbündeten – deuten darauf hin, dass sie ihre „Kunden“ zu einer militärischen Lösung drängen. Entgegen ihren feierlichen Erklärungen, sich für eine friedliche Lösung einzusetzen, machen sie die Ukraine in Wirklichkeit zum „Pulverfass“ Europas. Ich beziehe mich auf die Ausbildung und Finanzierung der ukrainischen Streitkräfte und anderer – manchmal offen neonazistischer – bewaffneter Formationen, und darauf, dass ihnen nachrichtendienstliche und politische Deckung gewährt wird. Darüber hinaus versorgen NATO-Länder die Ukraine mit Panzerabwehrwaffen, gepanzerten Fahrzeugen, Radarsystemen zur Artilleriebekämpfung, Scharfschützengewehren, unbemannten Luftfahrzeugen, Booten und verschiedenen Munitionstypen für Gruppierungen der Regierungstruppen.

Gleichzeitig intensiviert die NATO ihre verschiedenen Aktivitäten in der Ukraine und in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie im Donbass. In diesem Jahr sind sieben gemeinsame Übungen mit NATO-Staaten auf ukrainischem Territorium geplant, und das Manöver *Defender Europe 2021* mit Beteiligung ukrainischer Streitkräfte wird das größte der letzten 25 Jahre sein.

Die NATO-Länder schrecken nicht vor provozierenden Aktionen in der Nähe der russischen Grenzen zurück; so haben die USA seit Jahresbeginn ihre Luftaufklärung verdoppelt und ihre Seeaufklärung um den Faktor 1,5 erhöht. Wir beobachten die US-Kriegsschiffe, die sich derzeit in den Gewässern des Schwarzen Meeres befinden, genau. Offen

bleibt die Frage nach den wahren Absichten und Zielen der Vereinigten Staaten Tausende von Kilometern von ihrem eigenen Territorium entfernt.

Ein Wort der Warnung: Mit der umfassenden Unterstützung der Ukraine übernehmen die betreffenden Länder einen großen Teil der Verantwortung für den rücksichtslosen Kurs des Kiewer Regimes und seine möglichen Folgen.

Herr Vorsitzender,

wenn die OSZE-Teilnehmerstaaten eine Eskalation der Spannungen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten verhindern wollen, sollten sie Russland nicht dazu auffordern, „seine militärische Aufrüstung“ auf seinem eigenen Territorium (eine nicht vorhandene Aufrüstung!) zurückzufahren, sondern die ukrainische Regierung zwingen, ihre militaristische Rhetorik aufzugeben und von einem blutigen und selbstmörderischen Unterfangen Abstand zu nehmen.

Die Russische Föderation tritt für eine friedliche Beilegung des innerukrainischen Konflikts durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk auf der Grundlage der strikten Einhaltung der Minsker Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit und in der richtigen Reihenfolge ein. Wir fordern andere auf, das Gleiche zu tun. Wir werden unsererseits alles tun, um den Frieden im Donbass wiederherzustellen und seine Zivilbevölkerung zu schützen.

Abschließend möchte ich betonen, dass Russland gegen die Verabschiedung von Beschlüssen bei dieser Sitzung oder die Annahme von Empfehlungen ist.

Ich danke den Vorsitzenden. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

81. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK

FSK-StR-Journal Nr. 68, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Verehrte Vorsitzende,

Lettland schließt sich voll und ganz den Erklärungen der Europäischen Union an, ich möchte jedoch im Namen meines Landes noch Einiges ergänzend hinzufügen.

Wir danken dem Vorsitz des Ständigen Rates und dem Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) für die Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Ukraine im Einklang mit Kapitel III des Wiener Dokuments. Die Weigerung der Russischen Föderation, auf das Informationsersuchen der Ukraine in angemessener Weise zu reagieren, und die Weigerung, an den Konsultationen am 10. April teilzunehmen, sind ebenso wie die bisherige Weigerung, einen vernünftigen Dialog aufzunehmen, um Besorgnisse abzubauen, ihre wahren Absichten zu bekennen und die Lage zu deeskalieren, ein vorsätzlicher und feindseliger Akt, um die Spannungen und das Misstrauen in der Region zu erhöhen.

Wir sind zutiefst besorgt über die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Ostukraine und den Aufwuchs russischer Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Staatsgrenzen, in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine, unter anderem auch auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim.

Wir sind auch besorgt über die aggressive Rhetorik und Desinformation, deren sich die Russische Föderation bedient. Leider stimmen die Worte der Russischen Föderation nicht mit ihren Taten überein. Während die Russische Föderation in ihren Erklärungen behauptet, sie tue alles, um zur Lösung des Konflikts beizutragen, steht diese Rhetorik nicht im Einklang mit den tatsächlichen Handlungen der Russischen Föderation. Die Russische Föderation stellt die Ukraine als die Partei dar, die zur Gänze für die Eskalation der Sicherheitslage in der Region verantwortlich ist, doch ihre eigenen feindseligen Aktivitäten, ihre aggressive Rhetorik und die Desinformation, mit der sie diese rechtfertigt, haben die Situation überhaupt erst eskalieren lassen. Dies ist auch ein sehr gefährlicher Schritt für die Russische Föderation selbst. Das Vorgehen der Russischen Föderation gefährdet nicht nur die Sicherheit der Ukraine, sondern bedroht auch die europäische Sicherheit insgesamt und geht mit der Missachtung des Wertes des Lebens der betroffenen Menschen einher.

Der verantwortungsvolle Umgang mit der Presse- und Meinungsfreiheit ist eine der Kernverpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten. Wir vertrauen darauf, dass die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit dieser besorgniserregenden Entwicklung der Russischen Föderation Beachtung schenkt, die mit ihrer umfangreichen Desinformation die Sicherheit und den Frieden in der Ukraine gefährdet und ernste Sicherheitsbesorgnisse jenseits ihrer Grenzen im OSZE-Raum auslöst.

Verehrte Vorsitzende,

die Achtung völkerrechtlich anerkannter Grenzen, die friedliche Beilegung von Konflikten, Vertrauen und Transparenz gehören zum Kern der Gründungsprinzipien und Verpflichtungen der OSZE. Das Wiener Dokument, das alle Teilnehmerstaaten unterzeichnet haben, sollte uns ausdrücklich dabei helfen, diese Prinzipien und Verpflichtungen einzuhalten, und seine Mechanismen zur Verminderung der Risiken sind heute von besonderer Bedeutung.

In dieser besorgniserregenden Situation unterstützt Lettland nachdrücklich die in Absatz 16.3.1.2 des Wiener Dokuments genannten Empfehlungen zu geeigneten Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage und zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen. Lettland ist der Ansicht, dass die freiwillige Veranstaltung eines Besuchs durch die Russische Föderation zur Beseitigung der Besorgnis über die militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation gemäß Absatz 18 des Wiener Dokuments 2011 für die notwendige Transparenz sorgen und zur Deeskalation der Lage beitragen würde. Zusätzlich zu dem bereits Gesagten sollte die Russische Föderation weitere Maßnahmen aus dem OSZE-Dokument über stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen, wie etwa Transparenzmaßnahmen anwenden, insbesondere folgende:

1. Bereitstellung regelmäßiger außerordentlicher Informationen über militärische Aktivitäten im Grenzgebiet, einschließlich der Anzahl der militärischen Formationen und Truppenteile sowie deren Standorte; relevante Waffensysteme und Ausrüstung sowie Personalstärken; Lieferung von Hauptwaffensystemen und Großgerät im Grenzgebiet; detaillierte Informationen über die Kommandostruktur, aufgeschlüsselt bis hinunter zur niedrigstmöglichen Ebene.
2. Bereitstellung regelmäßiger FSK-Unterrichtungen über militärische Aktivitäten im betreffenden Grenzgebiet.

Diese Maßnahmen würden zur Sicherheits- und Vertrauensbildung beitragen und das Misstrauen zwischen den Teilnehmerstaaten zerstreuen.

Wir fordern die Russische Föderation eindringlich auf, die Situation zu deeskalieren und konstruktive Konsultationen im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments über die Verminderung der Risiken aufzunehmen, zu denen sich die Russische Föderation selbst verpflichtet hat.

Abschließend bringt Lettland noch einmal seine starke und beständige Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen zum Ausdruck. Als Ausdruck der Solidarität Lettlands und in Bekräftigung seiner unerschütterlichen Unterstützung für die Souveränität und territoriale

Integrität der Ukraine wird der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs morgen, am 15. April, zu einem Arbeitsbesuch in die Ukraine reisen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Ich danke den Vorsitzenden.